

Reform - und wie weiter

Es besteht kein Zweifel: Wir sind nun in einer der entscheidendsten Phasen der bundesdeutschen Politik. Wir spüren dies alle. Wir sehen alle die gewaltigen Herausforderungen und auch die große Verunsicherung, die in der öffentlichen Diskussion als auch in unserer Partei vorhanden ist. Die Aufgabe von Politik ist es, richtige Entscheidungen zu treffen, Orientierung zu geben, Vertrauen aufzubauen und das Land in eine gute Zukunft zu führen.

Ich will Gedanken zur politischen Lage in Deutschland, zur besonderen Verantwortung der SPD, zur allgemeinen Orientierung in zehn kurzen Bemerkungen beisteuern.

1. Gestaltungsmehrheiten und politische Macht

Wir haben als Arbeiterbewegung, als SPD in unserer Geschichte kein einfaches Verhältnis zur Nutzung der politischen Macht gehabt.

Wir haben sie gegen den Obrigkeitsstaat erstritten, elementare demokratische Rechte durchgesetzt und in der Zeit des Faschismus als Partei im Widerstand zu unseren Grundwerten gestanden.

Gerade auch in Ostdeutschland haben wir erst nach der Wende von 1989 politische Macht zum ersten Mal für uns in freien Wahlen erfahrbar und nutzbar machen können.

In der Geschichte der Bundesrepublik sind wir nun erst in der zweiten sozialdemokratischen Regierungszeit. Die erste sozialdemokratische Regierungszeit

zwischen 1966 bzw. 1969 und 1982 hat wichtige grundlegende Reformen zum Wohle des Landes gebracht. Dieser Reformweg wurde 1982 - nicht nur durch fremdes Agieren - unterbrochen und es hat große Anstrengungen und eine lange Zeit gebraucht, bis wir 1998 wieder in die bundespolitische Regierungsverantwortung gekommen sind.

Aus Lust auf Opposition bei manchen von uns wurde damals bald Frust in der Opposition.

Ich hab noch in frischer Erinnerung, wie hart der Wahlkampf im letzten Jahr war.

Wir haben uns gegen mächtige Interessengruppen und Meinungsströme - nicht nur im Inland - politisch durchgesetzt und haben in innen- und in außenpolitischen Fragen den sozialdemokratischen Weg markiert.

Dies haben wir in einer Zeit geschafft, in der die sozialdemokratische Stimme auch im internationalen Zusammenhang dringend wieder stärker gemacht werden muss.

Gerade auch im Hinblick auf die internationalen Herausforderungen sind Gestaltungswille und die kluge Nutzung der politischen Macht ein sehr, sehr hohes Gut.

Weder vor unserem Land noch vor der Geschichte der Partei und vor unseren Mitgliedern ließe sich ein leichtfertiger Umgang mit dieser demokratisch legitimierte Macht verantworten, schon gar nicht dürfen wir sie riskieren.

Mehrheit zu organisieren, eigene Mehrheit zu gewährleisten, ist kein taktisches Spiel, sondern Bedingung für Politik und für das Gelingen von Demokratie.

Wir werden nur dann auf Dauer erfolgreich sein, wenn wir im Kopf und im Herzen unser Verhältnis zur politischen Macht eindeutig positiv beantworten und dies auch im tagtäglichen politischen Handeln unter Beweis stellen.

Tagtäglich heißt z.B. morgen, Freitag.

2. Die Erneuerung des Landes und die Verantwortung der SPD

In der Geschichte der Bundesrepublik sind die notwendigen gesellschaftspolitischen und auch außenpolitischen Reformen ganz wesentlich von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten initiiert und geprägt worden sind. Das soll so bleiben.

Wir haben nach der Aufschwung- und Aufbauphase der 50er und 60er Jahre und der Öffnung des Landes in den 70er Jahren, in den 80er und 90er Jahren in vielen Bereichen auch Stagnation erlebt.

Und wir spüren nun - gerade auch unter dem Druck der Globalisierung, der Europäisierung, des demographischen Wandels und der akuten konjunkturellen Schwächen - , dass wir vor einem riesigen Erneuerungsbedarf in Deutschland stehen.

Dieser Erneuerungsbedarf erstreckt sich über sämtliche politischen Verantwortungsbereiche und es geht -

und hier zitiere ich mal Frau Merkel - um die zweite Gründungsphase der Republik.

Die Frage ist nun, ob wir als SPD uns zu dieser eigenen Verantwortung bekennen, sie annehmen und mit Mut und Zuversicht die Gestaltung des Landes führen.

Die Erneuerung des Landes ist im Interesse der Menschen notwendig und vor dieser Verantwortung drücken wir uns als SPD nicht.

Mehr: Es ist eine große Chance - für uns als SPD und für das Land -, dass diese Erneuerung von uns Sozialdemokraten regierend verantwortet wird.

3. Unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität

Niemand in Deutschland verfügt derzeit über einen detaillierten Plan für die nächsten 10 bis 15 Jahre. Die Herausforderungen sind komplex, die Themen sind kompliziert und gerade in solchen Zeiten ist es wichtig, eine feste und klare Grundorientierung zu haben.

Die Grundwerte der Partei - Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität - geben diese verbindliche Orientierung. Und in unserer 140-jährigen Geschichte wussten wir immer, dass diese Werte sich gegenseitig ergänzen und dass in ihrer Kombination und im gegenseitigen Abwägen der eigene, der richtige sozialdemokratische Weg liegen kann. Keiner der Grundwerte darf gegen einen anderen ausgespielt werden. Trotzdem bleibt richtig: Nichts ist wichtiger und grundlegender als die Freiheit. Die von und die zu.

Es ist nur natürlich, dass wir alle, dass die Partei in Zeiten großen Entscheidungsdrucks und tiefgreifender Veränderung sich dieser Grundwerte immer wieder vergewissert und von der politischen Führung der Partei, dem Parteivorstand, der SPD-Bundestagsfraktion und den Regierungsmitgliedern erwartet, dass diese Grundwerte im Kopf und im Herzen fest verankert sind und im praktischen politischen Handeln spürbar sind.

Ich halte es für existenziell, diese Festigkeit auch bei all unserem öffentlichen und innerparteilichen Agieren deutlich zu machen.

4. Die Ziele: Wohlstand und Sozialstaat

Mit der Regierungserklärung vom 14. März haben wir deutlich gemacht: Wir packen die tiefgreifende Erneuerung des Landes an. Wir packen sie an, weil Wohlstand und soziale Sicherheit für die Menschen nur so auf Dauer im Land stabil bleiben.

Die materielle Lebensgrundlage der Menschen in ökologischer Verantwortung nachhaltig zu sichern, ist ein sozialdemokratisches Ziel. Wir wollen den individuellen und den gesellschaftliche Wohlstand.

Und wir wollen ein hohes Maß an sozialer Sicherheit. Soziale Sicherheit braucht gegenseitige Rücksichtnahme, Solidarität, Eigenverantwortung und braucht einen leistungsfähigen Sozialstaat und soziale Siche

runge systeme.

Und soziale Sicherheit braucht die gesellschaftliche Akzeptanz auch für die Instrumente. Auch darum geht es beim Agenda-Prozess.

5. Die Maßnahmen: Bildung - Innovation - Sozialversicherung

Wir packen nun vieles gleichzeitig an:

- Wir werden die Investitionen stärken durch die Gemeindefinanzreform, den Bundeshaushalt 2004 und durch das Vorziehen der Steuerreformstufen.
- Wir werden Innovationen anregen durch die zusätzlichen Mittel im Bereich der großen Forschungsorganisationen.
- Wir stärken unser Bildungswesen durch den Start der Ganztagsbetreuung und der Betreuung unter 3 Jahren. Eine große gesellschaftspolitische Herausforderung und eine der wichtigsten Reformen überhaupt.
- Wir modernisieren den Arbeitsmarkt durch die Hartz-Reformen.
- Wir wollen erreichen, dass kein junger Mensch mehr von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit fällt. Wir wollen, dass jeder Jugendliche eine Ausbildung bekommt. Auch dafür werden wir sorgen.
- Wir schaffen mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen und stabilisieren hier die Ausgabenentwicklung.

Wir haben nun 8 Gesetze ins Parlament eingebracht und zwei weitere werden kommen zur Rente und zur Pflege. Wir sind auf dem Weg.

Bis Ende dieses Jahres soll die Gesetzgebung abgeschlossen sein.

6. Reform - eine Methode

Es ist richtig: Es gibt gute und schlechte Reformen.
Reform ist eine Methode, ist ein Instrument.

Ich habe in der Vergangenheit öfter vor Reformitis gewarnt weil ich die Notwendigkeit tiefgreifender und nachhaltiger Reformen sehe und nicht möchte, dass die Reformbereitschaft in der SPD und in der Bevölkerung durch leichtfertiges und oberflächliches Gerede beschädigt wird.

Dies ist auch eine Frage der Verantwortung des Politikers. Leidenschaft und Augenmaß gehören dazu. Und eben die richtigen Reformen.

7. Rolle des Parlaments - 2003 -

Wir haben in den Monaten nach der Bundestagswahl - auch durch eigene Fehler-Kraft im Bundesrat verloren und sind an vielen Stellen auf Kooperation mit der politischen Konkurrenz angewiesen.

CDU und CSU haben in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung wichtige nötige Strukturreformen verschlafen und Zukunftsinvestitionen verschleppt. Allein aus diesem Grund ergibt sich eine erhebliche Mitverantwortung bei der Lösung der großen gesellschaftlichen Aufgaben. Diese Mitverantwortung wird durch

die Möglichkeiten der Union im Bundesrat noch unterstrichen. Die Probleme erfordern also die punktuelle Kooperation und den Kompromiss zwischen der Rot-Grünen-Koalition und der Union. Das ist so. Und wir sollten dies auch deutlich aussprechen. Man kann in dieser Situation als SPD politisch gestalten und am Ende auch gewinnen, wenn man den politischen Aus-handlungsprozess offen und transparent gestaltet.

Wir wollen als Fraktion in unserem Auftreten deutlich machen, dass die gesellschaftlichen Grundfragen und politischen Entscheidungen im Parlament getroffen werden. Dies ist auch eine grundlegende Demokratiefrage.

Und wir werden nur dann Sicherheit im Wandel vermitteln können, wenn die Abgeordneten des Deutschen Bundestages ihre besondere Verantwortung im politischen Gesamtgefüge Deutschlands deutlich machen und einbringen.

Bundestag hat Führungsfunktion.

8. Rolle Parteitag

Wir beraten nun im Deutschen Bundestag die konkrete Umsetzung der Agenda 2010.

Wir sind mitten im ganz konkreten parlamentarischen Handeln und arbeiten in einem "langen Augenblick" an verschiedenen Erneuerungsfeldern gleichzeitig.

Parallel dazu bereiten wir über die Leitanträge für den Bundesparteitag Mitte November die mittelfristigen Perspektiven der SPD auf, die ersten Diskussionen

zum Grundsatzprogramm haben begonnen.

Die Vielfalt der Themen und die Überlagerung der unterschiedlichen Zeithorizonte - Agenda, Leitanträge, Grundsatzprogramm - erhöhen noch einmal deutlich die Herausforderungen an die politisch Handelnden der Partei, Orientierung zu vermitteln und dazu beizutragen, dass es zu sachgerechten Entscheidungen kommen kann.

Es wird sehr viel für die weitere Entwicklung der SPD davon abhängen, in welchem Klima und in welcher Haltung der Bundesparteitag im November durchgeführt wird.

Der Bundesparteitag im November muss deutlich machen, dass wir "Lust aufs Regieren" haben.

9. Schaltjahr 2004

Bildung - Innovationen - Bundesstaatliche Ordnung

Das Jahr 2004 ist ein Schaltjahr, ein entscheidendes Jahr. Der Schalter muss auf Vorwärts stehen.

Neben den nun in die Wege geleiteten Veränderungen innerhalb der sozialen Sicherungssysteme kommen weitere große Themen auf uns zu. Wir wissen – und das nicht erst seit der Pisa-Studie und der OECD-Vergleichsstudie - dass wir das Bildungswesen in Deutschland dringend modernisieren müssen.

Dreiviertel der Akademiker-Kinder studieren, nur knapp 30 % der Arbeiter-Kinder.

Wenn wir über Chancengerechtigkeit sprechen, müs

sen wir in dieser Legislaturperiode konkrete Maßnahmen einleiten, um diese auch wieder in Deutschland zu verbessern.

Wir wissen darüber hinaus, dass die Herausforderung der Globalisierung enorme Anforderungen auf den Bereich der Weiterbildung und Qualifizierung in Deutschland stellen. Der Weiterbildungs- und Qualifizierungsbereich im Land ist aber nicht systematisiert und auch nicht auf der Höhe der Zeit.

Im Bereich der technologischen Leistungsfähigkeit sind wir in den letzten Jahren katastrophal zurückgefallen. Dies ist die Folge von Versäumnissen in den 80er und 90er Jahren. Wir müssen die nötigen technologischen Innovationen einleiten, die nötigen neuen Produktgenerationen entwickeln. Dies ist nicht nur eine Aufgabe der Politik, sondern der gesamten Gesellschaft auch eine Aufgabe von Wirtschaft und Gewerkschaften. Ich sehe mit einer gewissen Sorge, dass innerhalb der Gewerkschaften diese Diskussion bisher kaum erkennbar stattfindet. Wir als SPD müssen uns aber diesem Themenspektrum stellen, weil die eigentliche Schlacht um die Zukunft des Landes in diesen Feldern entschieden wird.

Und wenn wir über die Erneuerung sprechen geht es auch um den originären Bereich der Politik. Deshalb brauchen wir auch bei der Reform der bundesstaatlichen Ordnung Mut und ein klares, zügiges Verfahren. Man kann auch hier Lösungen erreichen, die im Interesse der Demokratie, des Bundes und der Länder liegen.

10. Zuversicht

Wir sind uns sicherlich innerhalb der SPD zwischen den verschiedenen Gruppen, Flügeln und Generationen über die Dimensionen der Herausforderungen einig.

Es ist natürlich, dass es über die Instrumente eine intensive Diskussion gibt und man auch in verschiedenen Detailfragen unterschiedlicher Meinung sein kann. Wir sollten uns aber auch darüber einig sein, dass die grundlegende Weichenstellung vor der Europa und vor der auch Deutschland steht, Verantwortung und Geschlossenheit innerhalb der SPD verlangt.

Geschlossenheit ist dabei nicht eine Autoritätsvariante, sondern sie ist die unabdingbare Voraussetzung, um auch im Widerstreit wirtschaftlicher Macht und anderen Interessenlagen, die Interessen derjenigen die nicht über das große Geld oder die hohen Auflagen verfügen zur Geltung bringen zu können.

Wenn wir diesen Kern, wenn wir diese Grundlage halten, können wir politisch auf lange Zeit gestalten.

Es geht um Innovation und Gerechtigkeit.

Es geht um Erneuerung und Zusammenhalt.

Wenn wir auch angesichts der aktuellen schwierigen Entscheidungen über die Situation der Partei sprechen, sollten wir unsere eigene Partei und uns gegenseitig nicht wie einen kranken Patienten betrachten und behandeln, sondern darüber sprechen, wie wir

den Mut, den gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch
der SPD als politische Bewegung wieder deutlicher
und ausstrahlungskräftiger machen.

Mut gehört dazu.

Zuversicht gehört dazu.

Leidenschaft auch.